

Joseph Anton Weiß

geb. Murnau 21. 2. 1787, gest. München 4. 5. 1878
Kgl. Rat, Kgl. Inspektor des Kgl. Central-Taubstummen-Institutes München 1836–1863

Joseph Anton Weiß wurde am 21. Februar 1787 als zweiter Sohn des Pfarrmesners Peter Ignaz Weiß in Murnau geboren. Nach dem Besuch der dortigen Volksschule kam er zur weiteren Ausbildung in das Prämonstratenserstift Steingaden. Nach dessen Aufhebung wurde er in das Churfürstliche Gymnasium zu München umgeschult. Neben dem Unterricht am Gymnasium besuchte er die Zeichenschule von Professor Mitterer mit so gutem Erfolg, dass ihm von seinem Lehrer wiederholt geraten wurde, sich ganz der Kunst zuzuwenden. Seiner besonderen Neigung zum Lehrfach folgend trat er im Jahre 1803 in das Churfürstliche Lehrerseminar in Freising ein, welches er 1804 absolvierte. Am 22. Oktober 1804 wurde Weiß anstelle des verstorbenen Lehrgehilfen Franz Xaver Rousseau als Hilfs- und Zeichenlehrer in das Taubstummen-Institut Freising berufen. Am 23. Dezember 1820 folgte die Ernennung zum Lehrer an der neu einzurichtenden Filial-Taubstummen-Anstalt in München. Dort begann er seine Tätigkeit im Mai 1821. Nach dem Ableben Ernsdorfers wurde Weiß provisorisch mit der Führung der Anstalt betraut. Am 1. Februar 1837 folgte die Ernennung zum wirklichen Anstaltsvorstand. Am 3. Oktober 1854 verlieh ihm König Max II. (1848–1864) in Anerkennung seiner 50-jährigen Tätigkeit die goldene Ehrenmünze des Ludwigsordens.

Durch Allerhöchstes Reskript vom 13. März 1863 wurde Weiß zum 1. April 1863 in den Ruhestand versetzt. In Anerkennung seiner während 58 Jahren auf dem Gebiete der Erziehung und Bildung der Taubstummen geleisteten Dienste wurde ihm der Titel eines »Königlichen Rates« verliehen. Er verstarb am 4. Mai 1878 in München.

Quellen und Literatur:

Bernard Ernsdorfer: Sammlung kleiner Schriften über Taubstummheit, welche in den Jahren 1807–1816 als Einladungen zu den Prüfungen (...) erschienen sind. München 1817.

Anton Baumgärtner: Meichelsbeck's Geschichte der Stadt Freising und Bischöfe. Freising 1854.

Ernst Emmerig: Hundertjähriges Bestehen der Landestaubstummenanstalt in München. München 1904.

Anton Hofbauer: Taubstummheit und Taubstummeneinrichtung. In: Das Bayerland 37 (3. Juli 1926) Nr. 14.

Anton Hofbauer: Jahresbericht für 1917/26, Landestaubstummenanstalt München. München 1926.

Curt Schleif: Ernsdorfer, Bernard. In: NDB 4 (1959) 605.

Günter Römer: 175 Jahre Bayerische Landesschule für Gehörlose 1804–1979. München 1979.

Walter Schott: Das k. k. Taubstummeninstitut in Wien 1779–1918. Wien 1995.

Anmerkungen:

¹ Zitat aus Bayerland 14 (1926), S. 427.

² BayHStA, GR Fasz. 1188, Nr. 61.

³ Römer, S. 14.

⁴ Wie Anm. 2

⁵ Römer, S. 21.

⁶ Würzburg (1820), Aschaffenburg (1820), München (1821), Bayreuth (1821), Ansbach (1821), Passau (1824), Frankenthal (1825) und Regensburg (1825).

Anschrift des Verfassers:

Markus Beetz, Neustadtstraße 5, 85368 Moosburg

Zur Entnazifizierung im Landkreis Fürstfeldbruck

Teil 1: Die amerikanische Säuberung, die Installierung der Spruchkammer und deren personelle Probleme

Von Peter Briel

Vor mehr als 60 Jahren begann in Bayern die Entnazifizierung. Die erste öffentliche Verhandlung einer Spruchkammer in der amerikanischen Besatzungszone fand im Amtsgericht von Fürstfeldbruck statt. Bis Dezember 1948 prüfte die Kammer mehr als 49 000 Meldebögen von Bewohnern des Landkreises. Über 1700 Fälle wurden verhandelt. Im Lauf der Zeit wurden die Urteile immer milder. Im Folgenden soll am Beispiel des Landkreises Fürstfeldbruck die Entnazifizierung in der Region dargestellt werden.

Sühne für SA-Gewalttaten 1933

Drei SA-Männer holen an einem späten Abend im Juli 1933 den Streckenarbeiter Emmeran Reiter aus seiner Wohnung in Geiselbullach, angeblich um ihn zur Polizei zu bringen. Als das Dorf hinter ihnen liegt, schlagen sie Reiter mit Gummiknüppeln zusammen. Der Schlosser Fritz Kracher aus Olching ist als nächster dran. Er wird in den Amperauen verprügelt. SA-Truppführer Philipp Bittl bedroht ihn mit dem Revolver und zwingt ihn, sich für die Schläge auch noch zu bedanken. Das Opfer verliert vier Zähne und wird an den Nieren verletzt. Ein paar Tage später verschleppen die SA-Männer den Gastwirt Hans Donhauser aus Gröbenzell. Auch Donhauser wird misshandelt und bleibt bewusstlos und mit Magenblutungen am Wegesrand liegen.¹

Am 20. Mai 1946 verurteilte die Spruchkammer Fürstfeldbruck die SA-Männer Philipp Bittl und Georg Flaucher für

diese Taten zu vier Jahren Arbeitslager. Der dritte Täter, Emil Kliegel, erhielt nur zwei Jahre, weil er die Misshandlungen angeblich jeweils nach einiger Zeit gestoppt haben wollte.² Der öffentliche Kläger Theodor Schrödl charakterisierte jeden der drei als »den Typ des fanatischen alten Parteigenossen und SA-Mannes«. Die Gewalttaten hätten sie auf Anordnung des Olchinger SA-Sturmführers Max Ritschel begangen.³

Zu dieser ersten öffentlichen Verhandlung einer Spruchkammer waren Vertreter der US-Militärregierung, der Presse sowie der Sonderminister für Entnazifizierung, Heinrich Schmitt (KPD), extra aus München angereist. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete am 21. Mai: »Die Angeklagten waren in allen Punkten geständig, jedoch versuchten sie sich, als der Anklagevertreter auf die Unmenschlichkeit ihrer Handlungsweise hinwies, damit auszureden, daß sie sich auf Einzelheiten, die ja schon dreizehn Jahre zurückliegen, nicht besinnen könnten.«⁴

Spruchkammerverfahren

Die Spruchkammer stand offenbar unter Zeitdruck. Flaucher und Kliegel waren zwar schon im Mai 1945 von Karl Loichinger in Olching verhört worden.⁵ Loichinger (KPD) war politischer Beauftragter des Olchinger Gemeinderats und Vorsitzender der Spruchkammer, der auch die Verhandlung gegen das Trio führte.⁶ Aber alle drei SA-Männer wurden erst

am 18. Mai 1946 festgenommen. Sie wurden sofort verhört, es wurden Klageschriften verfasst und drei Tage später fand die Verhandlung statt.⁷

Die Frau von Kliegel richtete ein Gnadengesuch an Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD). Ihr Mann habe die anderen bei den Überfällen zurückgehalten, was auch die Opfer bestätigten, die im Verlauf des Verfahrens zunehmend mildere Darstellungen abgaben.⁸ Der Kläger bei der Berufungskammer Oberbayern notierte zu dem Gnadengesuch, dass der Brucker Spruch zwar »dürftig begründet« sei, hatte aber »keine Bedenken gegen seine sachliche Richtigkeit«. Denn »bei der außerordentlichen Rohheit des Kliegel politischen Gegnern gegenüber erscheint die Sühne durchaus angemessen«.⁹

Der Anwalt der drei SA-Männer legte Berufung ein und nutzte formale Schnitzer, die sich die Kammer geleistet hatte. So fehlten in der Ausfertigung des Urteils die Einstufung der Betroffenen als Hauptschuldige und eine Begründung. Außerdem hätten die SA-Männer auf Befehl gehandelt und die Opfer wären nicht so schwer verletzt worden. Auch seien die Täter aufgrund einer Anzeige Donhausers bereits 1933 zu 21 Tagen Haft verurteilt worden, könnten also nicht noch einmal verurteilt werden. Insgesamt, so behauptete der Anwalt, handle es sich nicht um ein politisches Verbrechen nach dem Befreiungsgesetz, sondern »ein Versehen«.¹⁰

Die Berufungskammer Oberbayern hob das Urteil der Brucker Spruchkammer im Februar 1948 auf. Zwei Belastungszeugen wurden aus formalen Gründen nicht gehört. Die drei SA-Männer seien wegen der Attacken vom Amtsgericht München 1933 zu 21 Tagen Haft oder einer Geldbuße von 150 Reichsmark verurteilt und dann amnestiert worden, stellte das Gremium fest.¹¹ Die Akte im Staatsarchiv München enthält lediglich eine Meldung der Gendarmerie Olching an die Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung, Täter unbekannt.¹²

Die Verhandlung gegen Bittl, Flaucher und Kliegel wurde im August 1948 in Fürstenfeldbruck wiederholt. Dabei sagte SA-Mann Kliegel aus: »Ich kann nicht hundertprozentig sagen, dass ich nicht an der Schlägerei beteiligt war.«¹³ Keiner der SA-Männer wurde von der Kammer unter dem Vorsitz von Arthur Hantke mit früheren belastenden Aussagen oder Geständnissen konfrontiert. Keiner von ihnen sei für die Prügeleien verantwortlich, urteilte das Gremium und folgte auch der Argumentation des Anwalts, wonach es sich gar nicht um politische Taten gehandelt habe.¹⁴ Die Spruchkammer erkannte die Opfer einfach nicht als politische Gegner an, obwohl Reiter in der Verhandlung erklärt hatte, er habe früher der KPD angehört und 1933 einen Schützenverein geleitet. 1937 trat der Eisenbahnarbeiter der NSDAP bei. Die Spruchkammer ignorierte belastende Hinweise oder spielte ihre Bedeutung herunter und stufte die drei Nazis nicht mehr wie zwei Jahre zuvor als Hauptschuldige, sondern als Mitläufer ein.

Exemplarisches Verfahren

Dieses allererste Verfahren gegen drei SA-Männer ist in manchen Punkten charakteristisch für die gesamte Entnazifizierung: Die Täter entschuldigten sich mit dem Hinweis, auf Befehl gehandelt zu haben, und gaben an, sich an Details ihrer Untaten nicht mehr erinnern zu können. Bezeichnend sind auch die relativ dürftigen Ermittlungen, die sich nur auf die Vorfälle im Frühjahr 1933 konzentrierten, und dass die Kammer nicht versuchte, ein Gesamtbild von den Aktivitäten der drei SA-Männer zu gewinnen. Typisch ist zudem, dass die

Betroffenen am Ende glimpflich davonkamen. Untypisch ist lediglich das relativ hohe Strafmaß in der ersten Verhandlung, das vermutlich dem großen überregionalen Interesse an diesem Auftaktprozess geschuldet war.

Quellenlage

Für diesen Beitrag wurden etwa 70 Entnazifizierungsverfahren der Spruchkammer Fürstenfeldbruck ausgewertet, einschließlich jener höherer Instanzen, also der Haupt- und Berufungskammern in München sowie des Kassationshofes, deren Akten im Staatsarchiv München lagern. Herangezogen wurden auch Unterlagen aus dem Berliner Archiv, dem ehemaligen Document Center, sowie aus diversen Stadt- und Ortsarchiven. Bei der Auswahl der Fälle habe ich mich auf die Spitze der NSDAP-Hierarchie im Landkreis konzentriert, aber nicht beschränkt. Das sind die Kreisleitung, Ortsgruppenleiter, NS-Bürgermeister und SA-Führer, außerdem einige mutmaßliche KZ-Wächter der SS; dazu kommen einige Personen, meist einfache NS-Parteigenossen, aus der lokalen Prominenz. Außerdem habe ich in den Akten des Landratsamts, der Stadt sowie des Sonderministeriums in München, das für die Entnazifizierung zuständig war und dem die Spruchkammern unterstanden, über die Zusammensetzung und die Entwicklung der Brucker Kammer recherchiert. Diese Unterlagen finden sich im Staatsarchiv München, im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Stadtarchiv Fürstenfeldbruck.

»Downgrading«

Diese lokale und hinsichtlich der berücksichtigten Entnazifizierungsfälle sicher nicht repräsentative Untersuchung bestätigt allgemeine Befunde.¹⁵ Die Spruchkammer Fürstenfeldbruck wurde in ihrer Arbeit durch politische Querelen behindert, insbesondere während der Amtszeit von Minister Alfred Loritz. Die starke Fluktuation des Personals, vor allem in den führenden Positionen von Vorsitzendem und öffentlichen Klägern, und das Problem, Mitarbeiter zu gewinnen, besonders für die Beisitzerposten, sind ein Hinweis auf den fehlenden Rückhalt der gesamten Prozedur in der Bevölkerung und auf die Pressionen, die von ehemaligen Nazis und ihren Sympathisanten ausgeübt wurden, was auch die Brucker US-Militärregierung immer wieder anmerkte. Auch in Fürstenfeldbruck wurde die Masse der Nazis rehabilitiert, spätestens von den höheren Instanzen in München; das trifft auch auf einen Teil der Funktionäre zu. Dies bestätigt, wie berechtigt die damalige Kritik der US-Behörden war, die von einem »downgrading« sprachen: Viele Betroffene wurden von Instanz zu Instanz milder beurteilt.¹⁶ Das Ergebnis war, dass in manchen Bereichen der Verwaltung Westdeutschlands 1948/49 mehr ehemalige Parteigenossen der NSDAP arbeiteten als zuvor im Dritten Reich, wie der Historiker Lutz Niethammer bemerkte.¹⁷ Auch für Fürstenfeldbruck gilt seine These, dass die Entnazifizierung faktisch – und von der bayerischen Staatsregierung intendiert – die Säuberungspolitik der US-Militärbehörden rückgängig machte.¹⁸

Säuberungspolitik der US-Militärregierung

Im Landkreis Fürstenfeldbruck verhafteten US-Soldaten nach ihrem Einmarsch Ende April 1945 Dutzende von NS-Funktionären und setzten die NS-Bürgermeister ab. Etwa 200 Personen wurden im Lauf der Zeit als NS-belastet von den Amerikanern interniert.¹⁹ Die neue örtliche Militärregierung verteilte im Sommer Fragebögen in den Ämtern und Schulen, die die Beschäftigten selbst ausfüllen mussten. Aufgrund

ihrer Angaben wurden Beamte und Angestellte im Landratsamt und in den Rathäusern sowie Mitarbeiter der Sparkasse, des Krankenhauses und der Stadtwerke entlassen.²⁰ Gefeuert wurden auch fast 200 Feuerwehrleute und über 180 Lehrer.²¹ Die Lehrer im Landkreis hatten zu fast 100 Prozent dem NS-Lehrerbund (NSLB) angehört.²² Die Säuberung betraf auch die private Wirtschaft: Ärzte durften nicht mehr praktizieren, Unternehmer nur noch als einfache Arbeiter beschäftigt werden. In manchen Fällen waren auch unbelastete Verwandte von NS-Funktionären betroffen.²³ Nach einer Aufstellung des Brucker Bürgermeisters vom Februar 1947 wurden aus der Verwaltung der Stadt insgesamt 59 Personen entlassen. Eine Statistik des Landratsamts nennt insgesamt 483 Entlassungen im ganzen Landkreis.²⁴

Im September 1945 begann ein 17-köpfiger Berufungsausschuss der Stadt unter Leitung des kommissarischen Bürgermeisters Anton Uhl Einsprüche von Betroffenen zu prüfen.²⁵ Der kommissarische Landrat Hans Miller setzte für den Kreis eine Kommission unter Leitung des Pfarrers Ernst Tillich ein, die am 1. November ihre Arbeit aufnahm.²⁶ In dem städtischen Gremium war die CSU stark vertreten, in der Kreiskommission die SPD. Aus den Protokollen geht hervor, dass der Berufungsausschuss der Stadt viele Parteigenossen entlastete, mit der Begründung, sie seien keine aktiven oder überzeugten oder sogar nur harmlose Nazis gewesen.²⁷ Über einen Blockleiter heißt es, er habe diese Funktion unter Zwang übernommen.²⁸ Solche Behauptungen, mit denen NSDAP-Mitglieder entlastet wurden, finden sich in vielen späteren Spruchkammer-Verfahren wieder. Aus den Protokollen des Berufungsausschusses geht nicht hervor, ob in jedem Einzelfall gründlich recherchiert worden ist.

Meldebogen

Die Säuberung, die die US-Armee vornahm, führte zu »vollen Internierungslagern und leeren Ämtern«, schrieb Niethammer.²⁹ Die US-Militärregierung, die von ihr eingesetzten deutschen Länderregierungen und die Parteien debattierten über ein anderes Verfahren. Deutschen Politikern kam es darauf an, möglichst viele NSDAP-Mitglieder zu rehabilitieren, während Amerikaner eine gelungene Entnazifizierung als Demokratietest betrachteten. Nach zähen Verhandlungen kam ein Kompromiss zustande: das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, das der US-Militärgouverneur Lucius D. Clay am 5. März 1946, einem Faschingsdienstag, im Münchner Rathaus unterzeichnete. Das Befreiungsgesetz sah vor, dass deutsche Laien- und Schöffengerichte die Einwohner anhand von Meldebögen durchsieben sollten. Jeder und jede sollte auf einem solchen Meldebogen seine persönlichen Daten, Einkünfte, Zugehörigkeiten zu NS-Organisationen angeben, Funktionen und Aktivitäten, finanzielle Beiträge, Orden und Auszeichnungen sowie eine Selbsteinschätzung angeben. Je nach formaler Belastung als Mitglieder und Funktionäre von NS-Organisationen, nach dem Umfang ihrer individuellen Aktivitäten und ihrer »inneren Haltung« sollten die Deutschen beurteilt und in fünf Kategorien sortiert werden: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete. Betroffen war rund ein Drittel der Bevölkerung.³⁰

Stadt und Landkreis Fürstenfeldbruck

Der Brucker Direktor der US-Militärregierung, John McBride, ordnete im Januar 1946 an, dass der Prüfungsausschuss des Kreises weiterarbeiten solle, bis die neuen »Spruchausschüsse« ernannt würden.³¹ Zwar hatte Landrat



Anton Uhl (1877–1952), Erster Bürgermeister FFB (EVP) von Januar 1930 bis April 1933, kommissarischer Bürgermeister vom 29. April 1945 bis Januar 1946. Vorsitzender der Spruchkammer von Mai bis August 1946.

Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck

Miller schon im Dezember Vorschläge zur Besetzung der Kammer an das Sonderministerium geschickt, aber die Parteien stritten über Zusammensetzung und Vorsitz. Erst am 2. April 1946 einigten sich Vertreter von CSU, SPD und KPD im Brucker Rathaus: Der parteilose Uhl und der KPD-Gemeinderat Karl Loichinger aus Olching sollten »als hauptamtliche Vorsitzende in gegenseitiger Vertretung« den Vorsitz übernehmen. Als öffentliche Ankläger wurden Theodor Schrödl (parteilos) aus Gröbenzell und SPD-Gemeinderat Friedrich Hetzenecker aus Olching nominiert. Als Beisitzer sollten sechs Vertreter jeder Partei vorgeschlagen werden.³² Trotz des Streits der Parteien war Fürstenfeldbruck Vorreiter. In anderen bayerischen Städten und Landkreisen dauerte es noch Monate, bis eine Spruchkammer zustande kam. So begann die Kammer im Nachbarlandkreis Landsberg erst im Februar 1947 zu arbeiten.³³ Die US-Militärregierung lobte denn auch die Brucker im August 1946: »Die örtliche Spruchkammer ist eine der besten im Land.«³⁴

Querelen um die Spruchkammer

Diese Einschätzung sollte sich sehr schnell ändern. Nach kaum zehn Monaten war keiner aus der ersten Führungsrunde der Spruchkammer mehr im Amt. Von der zweiten Garnitur, bestehend aus Augustin Zechentmayer und Friedrich Lugmair als Vorsitzenden sowie Arthur Hantke und Erich Hornung als Klägern, hielten nur Zechentmayer und Hantke durch. Von den weiteren Vorsitzenden bat Hans Baumgärtner aus Mammendorf schon nach drei Monaten, im August 1947, um seine Entlassung und scheint später nur noch halb-

tags beschäftigt gewesen zu sein.³⁵ Sein Amtskollege Richard Pollak, ein Oberrechtsrat a. D., brachte es auf neun Monate als Vorsitzender, bevor er ebenfalls aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat.³⁶ Der Kläger Josef Kohl aus Greifenberg, der erst als Ermittler, dann als Kläger bei der Spruchkammer in Landsberg tätig war, wurde im April 1948 nach Bruck versetzt und bat wenige Wochen später mit Erfolg darum, von seinen Pflichten entbunden zu werden.³⁷

Von der ersten Führungsgarnitur, die im Mai 1946 die Arbeit aufnahm, trat Hetzenecker sein Amt als öffentlicher Kläger faktisch überhaupt nicht an. Er soll angeblich nur zwei bis drei Tage als Kläger tätig gewesen sein. Das Sonderministerium akzeptierte im Oktober 1946 sein Rücktrittsgesuch, das er mit seiner schlechten Gesundheit begründet hatte.³⁸ Am 2. August bat Uhl, aus dem Amt des Vorsitzenden entlassen zu werden, wegen seines Alters und seiner Gesundheit.³⁹ In der Stadt kursierten Gerüchte, er habe Rücksicht auf sein Geschäft genommen, viele seiner Kunden und Freunde seien Nazis.⁴⁰ Uhl war nicht unumstritten. Ein Bürger aus München hatte sich bereits im Mai 1946 an das Sonderministerium gewandt und Uhl vorgeworfen, sich im Frühjahr 1933 für den Nationalsozialismus eingesetzt zu haben. So habe dieser in der Sitzung des Gemeinderates vom 29. März 1933 beantragt, Adolf Hitler und den NSDAP-Reichsstatthalter Ritter von Epp die Ehrenbürgerwürde anzutragen. Das *Brucker Wochenblatt* hatte über diese »feierliche Gemeinderatssitzung« berichtet. Demnach hatte Bürgermeister Uhl geäußert, es sei ihm ein Bedürfnis, jene Männer zu ehren, die »uns die neue Bewegung gebracht haben, welche uns aber auch stets ein Vorbild treuer Vaterlandsliebe und höchster Pflichterfüllung sind«. Der Antrag war einstimmig angenommen und die Gemeindeverwaltung beauftragt worden, Straßen und Plätze nach den Ehrenbürgern umzubenennen. Uhl hatte dann »die Sitzung mit einem, auch von dem anwesenden Publikum aufgenommenen dreifachen Heil auf die neuen Ehrenbürger unserer Gemeinde« geschlossen.⁴¹

Ankläger Theodor Schrödl

Am 21. September telegraphierte das Sonderministerium aus München, der öffentliche Kläger Theodor Schrödl sei sofort seines Amtes zu entheben, Dienstwagen, Ausweis und Bestellungsurkunde seien umgehend sicherzustellen. Als Grund nannte das Ministerium, dass Schrödl wegen Unterschlagung und Betrugs in mehreren Fällen verurteilt sei und diese Strafen in seinem Fragebogen nicht angegeben habe.⁴² Die Brucker Spruchkammer ermittelte nun gegen ihn und bilanzierte im Dezember, der Mann sei als Kläger untragbar. Die Amerikaner waren entsetzt: Der Fall Schrödl verlangsame die Arbeit der Spruchkammer und sei »a slap into the face« der Militärbehörden, die Schrödl als kompetent und politisch unbelastet eingestuft hatten, heißt es im Monatsbericht vom Oktober 1946.⁴³

Vorsitzender Augustin Zechentmayer

Als Ersatz für Schrödl schlug die CSU Franz Preißl vor und als Vorsitzenden anstelle von Uhl Augustin Zechentmayer.⁴⁴ Preißl, Jahrgang 1879, war Soldat und Unteroffizier gewesen und 1905 Polizist geworden. Von 1906 bis zu seinem Ruhestand 1943 diente er im Polizeipräsidium in München. Er war Mitglied der NS-Volkswohlfahrt (NSV) sowie ab 1943 des Reichskolonial- und des Reichsluftschutzbundes gewesen. 1935 kaufte er ein Grundstück in Unterpfaffenhofen und baute sich ein Wochenendhaus. »Ich war ein offener Gegner des Nationalsozialismus und wurde zum Kriminalinspektor,

obwohl von der vorherigen Regierung vorgeschlagen, nicht mehr befördert. Wurde auch überall hintangesetzt und gedemütigt«, schrieb Preißl in einem Fragebogen über sich.⁴⁵ Zechentmayer wurde 1878 in Würzburg geboren. Er war Veteran des Ersten Weltkrieges und mit dem Eisernen Kreuz erster und zweiter Klasse, dem Goldenen Militär-Verdienstkreuz mit Krone und Schwert und dem Ehrenkreuz für Frontkämpfer dekoriert.⁴⁶ An seinem Wohnort Eichenau kandidierte er 1929 auf der Liste »Gemeinwohl vor Eigen-nutz« für den Gemeinderat.⁴⁷ Ab 1931 war er Amtmann im Versorgungsamt Ansbach, beaufsichtigte die Verwaltung und leitete die inneren Geschäfte. 1933 wurde Zechentmayer eigenen Angaben zufolge entlassen, weil »amtsbekannt als Antinazi trotz bester Qualitäten«. In Eichenau wurde er fortan »schikaniert und eingespannt bei jeder Gelegenheit: Schneeräumen, Straßen-Ausbessern, monatelange andere Arbeiten, so daß ich Landrat Sepp um Hilfe bitten musste wegen meiner Gesundheit«, schrieb er in seinem Fragebogen. Zwischen 1940 bis 1943 wurde Zechentmayer angeblich dreimal zu insgesamt 60 Mark Strafe verurteilt, weil er Verdunkelungsvorschriften in Eichenau verletzt hatte.⁴⁸ Im April 1946 kandidierte Zechentmayer erfolglos auf der Liste der CSU für den Kreistag.⁴⁹

Das Sonderministerium bestätigte Zechentmayer Anfang Oktober 1946 als Vorsitzenden und Preißl als stellvertretenden öffentlichen Ankläger. Zechentmayer wurde am 17. Oktober von Minister Anton Pfeiffer (CSU) persönlich vereidigt, der den KPD-Mann Heinrich Schmitt im Juni im Ministerium abgelöst hatte.⁵⁰ Die Personalprobleme der Brucker Spruchkammer waren damit nicht beendet. Preißl wollte doch nicht als Ankläger antreten, schien aber zunächst bereit, neben Loichinger als Vorsitzender zu amtieren, überlegte es sich wieder anders und wurde Landrat in Feuchtwangen.⁵¹ Anstelle Preißls wurde am 28. Oktober der Jurist Erich Hornung aus München als öffentlicher Ankläger vereidigt.⁵² Landrat Hans Wachter (CSU), der seit der Kommunalwahl im April im Amt war, bat die Parteien, weitere Beisitzer zu melden und ernannte schließlich zehn Kreisträte.⁵³ Unentwegt gingen zwischen Landratsamt, Parteien, Ministerium und US-Behörden Briefe hin und her, die weitere Kandidaten für das Amt des Beisitzers betrafen, denn die Tätigkeit war unpopulär. Manche gaben gesundheitliche Gründe an und lehnten ab, andere wurden von den Amerikanern als belastet eingestuft.⁵⁴

Die Brucker US-Behörden meldeten zum Jahresende 1946 nach München, die Spruchkammer habe wegen des Falles Schrödl Ansehen eingebüßt. Die Arbeit der Kammer habe im Dezember wegen der Landtagswahl und des Wechsels im Ministerium nachgelassen.⁵⁵ Die CSU errang am 1. Dezember in Bayern die Mehrheit, die KPD scheiterte an der Zehn-Prozent-Hürde. Hans Ehard (CSU) löste Hoegner als Ministerpräsidenten ab, Pfeiffer musste als Sonderminister für Entnazifizierung dem Populisten Alfred Loritz weichen, um dessen »Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung« (WAV) einzubinden.⁵⁶

Alfred Loritz als Sonderminister

Loritz ruinierte in wenigen Monaten den Behördenapparat, indem er Mitarbeiter des Ministeriums entließ oder zum Rücktritt veranlasste und stattdessen Parteifreunde als Kommissare einsetzte.⁵⁷ In Fürstenfeldbruck berief Loritz im Januar 1947 Friedrich Lugmair als weiteren Vorsitzenden der Spruchkammer. Lugmair stammte aus Oberschweinbach und lebte als Bauer und Kaufmann in Eching am Ammersee.⁵⁸

Einige Wochen vorher war er als Kandidat auf der oberbayerischen Liste der WAV in den bayerischen Landtag eingezogen.⁵⁹

Etwa zur gleichen Zeit begann das WAV-geführte Ministerium, gegen den ersten Brucker Spruchkammervorsitzenden, Karl Loichinger, vorzugehen. Loichinger war 1904 in Mittweida geboren und hatte die Volksschule und eine Fortbildungsschule besucht. 1921 hatte er Elektrotechnik gelernt und bis 1926 in diesem Beruf gearbeitet. 1927 heiratete er Maria Lachner in Olching. Der Ehe entsprossen drei Kinder. Von 1927 bis 1929 war er mehrfach bei der München-Dachauer Papierfabrik in Pasing ausgesperrt gewesen. Von 1929 bis 1935 war Loichinger erwerbslos gewesen. 1931 schloss er sich der Erwerbslosenbewegung an, wo er sich »zum Kampf (gegen die Unterdrücker der Arbeiterklasse) der kommunistischen Partei zur Verfügung stellte«. In der NS-Zeit war er nach eigenen Angaben politisch verfolgt und verhaftet worden. Er hatte zunächst wieder eine Stelle als Elektriker in einer Firma in Germering, 1936 dann in der Luftkriegsschule auf dem Brucker Fliegerhorst erhalten, war dort aber angeblich aus politischen Gründen entlassen worden. In den folgenden Jahren arbeitete er für verschiedene Betriebe als Kraftfahrer, bis er 1942 von der Organisation Todt in die besetzten Gebiete der Sowjetunion abkommandiert wurde. Dort wurde Loichinger verwundet. Seit der »Befreiung« Deutschlands am 8. Mai 1945 arbeitete er mit dem US-Geheimdienst, der CIC-Abteilung in Maisach, zusammen.⁶⁰

Karl Loichinger

Am 10. Februar 1947 beklagten sich acht Advokaten bei einer Besprechung im Sonderministerium in München über die Amtsführung des stellvertretenden Spruchkammervorsitzenden Loichinger.⁶¹ Der Mann sei unfähig und sadistisch, ein Tyrann, der Entlastungszeugen mit Anzeigen drohe. Er soll eine Frau in der Verhandlung lächerlich gemacht haben, anschließend habe sie Selbstmord begangen. Die Vertreter des Ministeriums nahmen die Beschwerden keineswegs neutral zur Kenntnis oder verteidigten gar ihr Personal. Sie verbündeten sich sofort mit den Anwälten, die ja im Interesse ihrer mehr oder weniger NS-belasteten Mandanten handelten, gegen die US-Behörden, von denen sie annahmen, dass sie den Spruchkammervorsitzenden unterstützen würden. So reagierte noch in der Besprechung ein Ministerialdirigent auf die Vorwürfe der Anwälte, indem er erklärte, die Verhältnisse in Bruck seien »nicht unbekannt«. Ein Justizrat bezeichnete Loichinger als »untragbar« und wusste zu berichten: »Der ganze Kreis FFB hat Angst vor diesem Mann.« Der Oberstaatsanwalt eröffnete sogar eigene Ermittlungen gegen Loichinger und erbat von den Anwälten präzise schriftliche Unterlagen, weil jeder Schritt gegen Loichinger von der Militärregierung »gründlich verfolgt werde«.⁶²

Minister Loritz teilte Loichinger am 28. Februar schriftlich mit, er sei vorläufig seines Amtes enthoben.⁶³ Am 2. März verkündete der WAV-Landtagsabgeordnete Julius Höllerer auf einer Veranstaltung die geplante Absetzung Loichingers in der Jahnhalle in Bruck. Es sei nicht tragbar, dass einfache Parteigenossen und Blockwarte hart verurteilt würden. Loritz werde auch verhindern, dass der Landrat zwei weitere Sitzgruppen der Spruchkammern einrichten und mit CSU-Leuten besetzen werde, kündigte Höllerer an.⁶⁴ Drei Tage später protestierten die Vorsitzenden von CSU, KPD und SPD in Fürstenfeldbruck in einem gemeinsamen Brief gegen den Auftritt Höllerers. Die Absicht von Loritz müsse dessen Parteifreund Höllerer bereits Tage zuvor vor der Information



Hans Wachter (1891–1953), Erster Bürgermeister FFB (CSU), 1. 2. 1946 bis 30. 4. 1948, Landrat Kreis FFB Februar 1946 bis März 1947. In beiden Positionen mit verantwortlich für die Suche und Auswahl von Spruchkammer-Personal.

Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck

der Spruchkammer zugänglich gemacht worden sein, »mit dem eindeutigen Zweck, die Angelegenheit sensationsmäßig aufzubauschen und als Lockmittel für die angeblich zu schwer bestraften Nazis agitatorisch für die Parteizwecke der WAV zu mißbrauchen«. In dem Brief hieß es weiter: »Die Versammlungsplakate mit dem zugkräftigen Thema gingen bereits in Druck, als der Spruchkammervorsitzende Loichinger noch seines Amtes waltete.« Höllerer habe Loichinger heftig attackiert, »unter johlendem Beifall der zahlreich anwesenden ehemaligen Nazis, obwohl dieser nur vorläufig des Amtes enthoben sei. Die Zuhörer mussten annehmen, dass die Entlassung endgültig sei.« Höllerer habe die Spruchkammer völlig unmöglich gemacht, indem er erklärte, es müssten noch mehrere Mitglieder gehen. Das sei »absichtliche Sabotage am Entnazifizierungsgedanken« und eine Aufforderung, die Mitarbeiter der Spruchkammer zu denunzieren, rügten die Vorsitzenden von CSU, KPD und SPD.⁶⁵

Formfehler

Die Mitarbeiter im Ministerium brauchten allerdings noch bis Ende April, bis sie eine Liste von über 20 Betroffenen erstellt hatten, die unter dem Vorsitz Loichingers zu Arbeitslagern oder Sonderarbeit verurteilt worden waren. »Es ist in allen Fällen erwiesen, dass die Spruchkammer gesetzeswidrig besetzt war, das heißt dass nur drei Beisitzer amtierten« (anstelle von 2 oder 4), stellte das Ministerium fest. Alle Sprüche seien aufzuheben und neu zu verhandeln. Loichingers Verhandlungsart habe »schon zu verschiedenen Beanstandungen Anlass gegeben«.⁶⁶ Im Juni 1947 verfügte der Sonder-

minister die endgültige Entlassung Loichingers aus dem Amt.⁶⁷ Vergeblich verwandten sich die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Herausgeber der *Süddeutschen Zeitung*, Werner Friedmann, für Loichinger.⁶⁸ Der Vorwurf gegen Loichinger, formale Fehler begangen zu haben, scheint begründet gewesen zu sein, wie auch der eingangs geschilderte Fall der drei SA-Männer zeigt. Allerdings unterliefen solche Schnitzer auch anderen Spruchkammervorsitzenden, ohne dass diese gleich des Amtes enthoben wurden. Bezeichnend ist, dass im Fall Loichinger seitens der Ministerialbürokratie und der WAV, die das Ministerium kontrollierte, eine Vorverurteilung stattfand. Die WAV mochte mit solchen Aktionen hoffen, alte Parteigenossen zu gewinnen. Deshalb argwöhnte die Brucker KPD vermutlich zu Recht, dass Loichinger aus politischen Gründen abserviert wurde. Fortan beteiligte sich die KPD darum nicht mehr an der Arbeit der Spruchkammer.⁶⁹

Das Spruchkammerpersonal in Fürstenfeldbruck passte sich in seiner politischen Zusammensetzung den örtlichen Wahlergebnissen an. Die CSU hatte sich als Mehrheitspartei durchgesetzt, die SPD war zweiter Sieger, die KPD tendierte zur Splitterpartei.⁷⁰ Aus einer Liste vom 27. Dezember 1947 geht hervor, dass von 23 Beisitzern der Spruchkammer über die Hälfte der CSU angehörten, einige waren Mitglieder der SPD, dazu kamen wenige Parteifreie wie Lilly Lehmann, deren Mann sich während des Krieges als Jude in Bruck in einem Schrank verstecken musste, um zu überleben.⁷¹

Amnestien und »Whitewashing«

Bereits am 24. Dezember 1946 hatte General Clay eine Weihnachtsamnestie für Schwerbeschädigte und NSDAP-Mitglieder mit geringem Einkommen verkündet, um den Papierkrieg zu beschränken. Dadurch und mit der später verkündeten Jugendamnestie wurden in Bayern etwa 85 Prozent aller Entnazifizierungsfälle eingestellt.⁷² In Fürstenfeldbruck kamen 5132 Angehörige von NS-Organisationen in den Genuss der Jugendamnestie und über 8000 profitierten von der Weihnachtsamnestie.⁷³ Minister Loritz erklärte in einer Rundfunksprache alle Mitläufer zu unglücklichen Opfern des Naziterrors, die man besser als »Hineingepresste« und »Hineingetriebene« bezeichnen sollte.⁷⁴ Etwa 5,3 Millionen Bayern bekamen eine Postkarte, auf der ihnen mitgeteilt wurde, dass sie unter die Amnestie fallen würden. Die Karten soll Loritz persönlich mit seiner Unterschrift gestempelt haben.⁷⁵ Die Brucker Militärregierung berichtete im Frühjahr 1947, die Urteile der Spruchkammer würden durch Aktivitäten der WAV und von Geistlichen beeinflusst. Ob Zeugen ihre Aussagen zurückzögen, weil sie Repressalien fürchteten, sei im Einzelfall schwer nachweisbar.⁷⁶

Meinungswandel

Auch die politische Großwetterlage änderte sich. In den USA forderten konservative Kreise im Zuge des sich verschärfenden Kalten Krieges, die Entnazifizierung schnell zu beenden und Minderbelastete und Mitläufer zu amnestieren. In Deutschland protestierten die Kirchen, etwa der Münchner Kardinal Michael Faulhaber. Der Antifaschist und katholische Publizist Eugen Kogon sprach vom »Recht auf politischen Irrtum«, was von CDU/CSU-Politikern als Parole aufgegriffen wurde. Pastor Martin Niemöller, ein Nationalkonservativer, den die Nazis wegen seiner oppositionellen Betätigung ins KZ Sachsenhausen gesperrt hatten, verbot seinen Pastoren in Hessen-Nassau, sich an der Entnazifizierung zu beteiligen, die Arbeit in den Spruchkammern sei unvereinbar mit dem

christlichen Gebot der Versöhnung. Die sowjetischen Behörden erklärten die Entnazifizierung in ihrer Besatzungszone am 26. Februar 1948 für beendet und begannen die kleinen NS-Funktionäre und Parteigenossen zu integrieren. Die KPD im Westen stellte daraufhin ihre Mitarbeit in den Spruchkammern ein.⁷⁷

In Bayern resignierte das Spruchkammerpersonal, weil es in der Gesellschaft, in der sich eine Schlussstrichmentalität breit machte, isoliert war. In München rebellierten im September 1947 Vorsitzende und Kläger gegen Minister Loritz. Sie warfen den Parteien vor, ihre Arbeit durch unsachliche Kritik und eigensüchtige Interessen zu kompromittieren.⁷⁸

Bilanz für Bruck

In Fürstenfeldbruck zog der Leiter der US-Militärregierung, Captain Lawrence F. Skelton, nach einem Jahr Entnazifizierung eine vernichtende Bilanz: Die Entlassung Schrödl sei »a drastic blow to hit the Spruchkammer« gewesen. »Er hätte nicht entlassen werden sollen«, stellte Skelton fest. Auch der Wechsel im Ministerium von Pfeiffer zu Loritz habe personelle Veränderungen in der örtlichen Spruchkammer nach sich gezogen, »nicht zu ihrem Vorteil«. Insgesamt hätten sich die Entscheidungen der Kammer verschlechtert. Anfangs seien diese »im allgemeinen zufriedenstellend« gewesen, doch hätten sie später, vor allem in der Ära Loritz, »eine Tendenz zum Weißwaschen« angenommen.⁷⁹

Der WAV-Politiker Lugmair konnte sich in Bruck als Spruchkammervorsitzender nur ein Jahr halten. Mehrere Zeugen beschwerten sich, Lugmair habe sie eingeschüchtert⁸⁰ – ein Vorwurf, den auch der öffentliche Kläger Hornung erhob, der Lugmair als »Held von Loritz Gnaden« bezeichnete. Hornung trat im Juli 1947 von seinem Amt zurück.⁸¹ Die VVN bezeichnete Lugmair als untragbar, und die Brucker CSU protestierte im Januar 1948 beim neuen Minister Hagenauer (CSU), dem Nachfolger von Loritz, der Spruchkammervorsitzende würde Belastungszeugen »in ganz unverantwortlicher Weise« behandeln.⁸² Der Bezirksverband Oberbayern der CSU verlangte einige Tage später von Hagenauer, Lugmair abzusetzen, sonst könnten CSU-Vertreter nicht mehr in der Spruchkammer mitarbeiten. Lugmair würde das »ohnehin schon nicht sehr grosse Ansehen der Spruchkammer« restlos untergraben.⁸³ Anfang Februar 1948 wurde Lugmair auf eigenen Antrag hin, wie es in den Akten heißt, seines Amtes enthoben.⁸⁴

Der Abgang Lugmairs beendete die großen öffentlichen Querelen um die Brucker Spruchkammer. Als die Leistungsträger der Kammer erwiesen sich die Vorsitzenden Zechentmayer und Hantke. Letzterer war Kaufmann, gebürtig aus Gleiwitz in Oberschlesien, und hatte sich im September 1946 auf ein Zeitungsinserat hin im Sonderministerium beworben.⁸⁵ Hantke war ab Dezember 1946 bei der Spruchkammer Landsberg als zweiter Kläger eingesetzt.⁸⁶ Am 29. April 1947 sandte er ein Telegramm an Loritz: »Habe mit heutigem Tage zweiten Klägerposten Kammer Landsberg niedergelegt – weitere Zusammenarbeit ablehne – verfügt anderweitige Verwendung sonst Austritt.«⁸⁷ Das Ministerium versetzte ihn Ende April als Kläger nach Fürstenfeldbruck, wo er dringend benötigt wurde, weil zu diesem Zeitpunkt dort nur Hornung als Kläger fungierte.⁸⁸ Im Februar 1948 wurde Hantke zum Vorsitzenden der Brucker Spruchkammer befördert.⁸⁹ Dafür wurden mit Heinrich Beier und Ludwig Neumaier zwei weitere Kläger eingestellt.⁹⁰

Bis 1948 hatte die Spruchkammer, in der vier Vorsitzende und zwei Kläger arbeiteten, die Masse der Fälle bearbeitet. Die meisten Betroffenen wurden entlastet, amnestiert oder als

Mitläufer eingestuft. Die US-Behörden berichteten im Sommer, das Personal werde von einflussreichen früheren Nazis unter Druck gesetzt und von der Öffentlichkeit nicht unterstützt. Die Kirchen leisteten Widerstand gegen die Entnazifizierung.⁹¹ Dabei standen gerade die Verfahren gegen führende örtliche NS-Funktionäre wie Kreisleiter Franz Emmer, den Brucker Bürgermeister Adolf Schorer oder den gefürchteten Ortsgruppenleiter Heinrich Böck noch aus.⁹²

Anmerkungen:

- ¹ Staatsarchiv München (StAM), Spruchkammern, Karton 2741, Akten der Spruchkammer Fürstenfeldbruck, Sammelakt Philipp Bittl, Georg Flaucher, Emil Kliegel, Protokoll der Verhandlung der Spruchkammer Fürstenfeldbruck am 20. 5. 1946 gegen Bittl, Flaucher und Kliegel, Vernehmung Kliegel in U-Haft am 19. 5. 1946.
- ² Ebd., Aussage Kliegel, 31. 3. 1948.
- ³ Zit. ebd., Theodor Schrödl, Protokoll der Verhandlung am 20. 5. 1946.
- ⁴ Zit. Süddeutsche Zeitung, 21. 5. 1946; vgl. auch Amtliches Nachrichtenblatt des Landkreises, Nr. 22, 24. 5. 1946, S. 4.
- ⁵ StAM, Spruchkammern, Karton 2741, Sammelakt Bittl, Flaucher, Kliegel, Aussage Flaucher, 8. 5. 1945, Aussage Kliegel, 25. 5. 1945.
- ⁶ Amtliches Nachrichtenblatt des Landkreises FFB, Nr. 11, 9. 11. 1945.
- ⁷ Auch sind die Meldebögen von Bittl und Kliegel erst vom 20. Mai datiert, vgl. StAM, Spruchkammern, Karton 2741, Verhörprotokoll Bittl, 19. 5. 1946, Meldebogen Bittl 20. 5. 1946, Protokoll der Vernehmung Kliegels, 19. 5. 1945, Meldebogen Kliegel 20. 5. 1946, Klageschrift des öffentlichen Klägers, 18. 5. 1946, Vernehmung Flaucher 18. 5. 1946, Klageschrift gegen Flaucher 18. 5. 1946, drei Meldebögen Flauchers, datiert vom 30. 4. 1946, 5. 3. 1948 und 20. 5. 1949.
- ⁸ StAM, Spruchkammern, Karton 2741, Sammelakt Bittl, Flaucher, Kliegel, Ministerpräsident Wilhelm Hoegner an Sonderministerium, 25. 6. 1946, Maria Kliegel, Gnadengesuch an das Sonderministerium, 20. 7. 1947, Maria Kliegel, eidesstattliche Erklärung, 2. 4. 1948.
- ⁹ Zit. StAM, Spruchkammern, Karton 2741, Sammelakt Bittl, Flaucher, Kliegel, Kläger der Berufungskammer Oberbayern an das Sonderministerium zum Gnadengesuch Maria Kliegels, 14. 8. 1946.
- ¹⁰ StAM, Spruchkammern, Karton 2741, Sammelakt Bittl, Flaucher, Kliegel, Rechtsanwalt Hoeglauer, Berufung, 23. 6. 1946, Begründung vom 24. 6. 1946.
- ¹¹ StAM, Spruchkammern, Karton 2741, Sammelakt Bittl, Flaucher, Kliegel, Berufungskammer Oberbayern, Bescheid vom 5. 2. 1948.
- ¹² StAM, Spruchkammern, Karton 2741, Sammelakt Bittl, Flaucher, Kliegel, Bericht der Gendarmenstation Olching an die Staatsanwaltschaft Landgericht München II, 5. 8. 1933.
- ¹³ Zit. StAM, Spruchkammern, Karton 2741, Sammelakt Bittl, Flaucher, Kliegel, Protokoll der Sitzung der Spruchkammer Fürstenfeldbruck vom 2. 6. 1948.
- ¹⁴ StAM, Spruchkammern, Karton 2741, Sammelakt Bittl, Flaucher, Kliegel, Urteil der Spruchkammer Fürstenfeldbruck vom 17. 8. 1948.
- ¹⁵ Lutz Niethammer: Die Entnazifizierung in Bayern. Frankfurt a. Main 1972.
- ¹⁶ Niethammer, S. 13, 662 ff. Wolfgang Daum: Entnazifizierung im Landkreis Landsberg am Lech. o. O. 1996. Daum beschreibt für Landsberg diesen Prozess des »downgrading«. Allein die Unterschiede zwischen den Einstufungen der öffentlichen Kläger und den Urteilen der Spruchkammer Landsberg sind statistisch signifikant (S. 197). Klaus Wöllenberg: Reich und Republik. Die Entwicklung von Weimar bis Bonn (1918–1992). In: Hejo Busley/Toni Drexler u. a. (Hrsg.): Der Landkreis Fürstenfeldbruck. Natur – Geschichte – Kultur. Fürstenfeldbruck 1992, S. 288 ff.
- ¹⁷ Niethammer (wie Anm. 15), S. 531.
- ¹⁸ Niethammer (wie Anm. 15), S. 13, 177 f.
- ¹⁹ StAM, LRA 11118, Liste der Internierten; diese Liste enthält 189 Namen, ist jedoch insofern unvollständig, als im Lauf der ersten Nachkriegsjahre weitere Personen interniert wurden.
- ²⁰ Wöllenberg (wie Anm. 16), S. 288.
- ²¹ Niethammer (wie Anm. 15), S. 186, Anm. 153.
- ²² StAM, NSDAP 979, der Akt enthält ein undatiertes handschriftliches Verzeichnis, wie viele Lehrer aus dem Landkreis dem NS-Lehrerbund angehörten. Demnach waren von 92 Erziehern alle 39 Männer und 52 Frauen im NSLB. Nur eine Erzieherin war demnach nicht dem Verband beigetreten. Die Liste könnte nach dem 3. November 1942 angefertigt worden sein, weil die Gauleitung am 3. 11. 1942 dazu aufforderte, solche Verzeichnisse zu erstellen.
- ²³ StAM, LRA 11108, Vollzug des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus.
- ²⁴ StAM, LRA 11108, Brief des Bürgermeisters an das Landratsamt, 27. 2. 1947, Statistik des Landratsamtes, 1. 3. 1947.
- ²⁵ Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, Akt A-0-5/8, Einladung zur ersten Besprechung der Kommission zur Prüfung der politischen Zuverlässigkeit am 28. 9. 1945, Niederschriften der Besprechungen.
- ²⁶ Schreiben des Landrats an den Bürgermeister von Fürstenfeldbruck, 20. 10. 1945.
- ²⁷ Stadtarchiv FFB, Akt A-0-5/8, z. B. Niederschrift der Besprechung vom 12. 10. 1945.
- ²⁸ Stadtarchiv FFB, Akt A-0-5/8, Niederschrift der Besprechung vom 5. 11. 1945, S. 3.

²⁹ Zit. Niethammer (wie Anm. 15), S. 12.

³⁰ Niethammer (wie Anm. 15), S. 356.

³¹ Stadtarchiv FFB, A-0-5/8, Schreiben des Vorsitzenden des Überprüfungsausschusses beim Landrat FFB an die Mitglieder, 4. 1. 1946.

³² StAM, LRA 11109, Bildung der Spruchkammer, Schreiben des Landrats an das Sonderministerium vom 22. 3. 1946, Stadtarchiv FFB, A-0-5/8, Niederschrift der Besprechung zur Bildung der Spruchkammern, 3. 4. 1946.

³³ Daum (wie Anm. 16), S. 294 f.

³⁴ Zit. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA), OMGUS 10 77-2 6, Monatsbericht August 1946.

³⁵ BayHStA, Akten des Sonderministeriums (MSo) 403, Sonderministerium, 13. 5. 1947: Ernennung von Hans Baumgärtner, Mammendorf, Haus 202, zum Vorsitzenden der Spruchkammer Fürstenfeldbruck, vereidigt am 9. 5. 1947. Schreiben Sonderministerium an Baumgärtner, 9. 9. 1947, Empfang des Schreibens vom 30. 8. 1947 mit Bitte um Amtsenthebung wird bestätigt. Schreiben Sonderministerium an Baumgärtner, 18. 9. 1948: Er solle halbtags und halbwöchentlich bei halbem Gehalt Dienst tun.

³⁶ BayHStA, MSo 420, Schreiben des Präsidenten der Berufungskammer Oberbayern, 23. 6. 1948: Pollak ersuchte mit Schreiben vom 18. 6. 1948 aus gesundheitlichen Gründen vom Amt entbunden zu werden, dem wird mit Wirkung vom 1. 7. 1948 entsprochen; Sonderministerium, 26. 9. 1947: Ernennung von Richard Pollak, Oberrechtsrat a. D., zum Vorsitzenden der Spruchkammer, vereidigt am 23. 9. 1947.

³⁷ BayHStA, MSo 442, Schreiben Spruchkammer Landsberg an Sonderministerium, 2. 8. 1947: Kohl als früherer Ermittler durch die örtliche Militärregierung bestätigt. »Die Spruchkammer LL ist somit voll aktionsfähig.« Schreiben Sonderministerium an Generalkläger Kassationshof, 4. 5. 1948: Kohl wurde am 13. 4. 1948 als Kläger nach FFB versetzt; Sonderministerium an Spruchkammer FFB, 28. 6. 1948: Kohl wird auf seinen Antrag hin mit Wirkung vom 15. 7. 1948 seines Amtes enthoben.

³⁸ BayHStA, MSo 438, Spruchkammer FFB an Berufungskammer Oberbayern, 6. 9. 1946: Hetzenecker habe seinen Dienst aus beruflichen Gründen und wegen seines schlechten Gesundheitszustandes nicht antreten können, bis auf zwei bis drei Tage, Hetzenecker sei am 10. 5. 1946 als zweiter Kläger in Dienst getreten. Gesundheitszustand weiter verschlechtert. Sonderministerium an Spruchkammer FFB, 18. 10. 1946: Rücktritt Hetzeneckers angenommen.

³⁹ BayHStA, MSo 428, Spruchkammervorsitzende, Schreiben Anton Uhl an das Sonderministerium vom 2. 8. 1946.

⁴⁰ Der ehemalige SPD-Stadtrat Helmut Geys schreibt, es habe damals als Kuriosum gegolten, dass Anton Uhl als letzter BVP-Bürgermeister vor (sic!) der Nazizeit von den Amerikanern wiedereingesetzt worden war, während sein Schwiegersohn der KPD angehört habe, vgl. H. Geys: Der politische Neubeginn nach dem Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. In: Brucker Blätter 1997, S. 40.

⁴¹ BayHStA, MSo 428, Spruchkammervorsitzende, Schreiben von Andreas Gasenhuber, München, an das Sonderministerium, 10. 5. 1946, Abschrift Brucker Wochenblatt, 29. 3. 1933.

⁴² BayHStA, MSo 0453, öffentliche Kläger, Telegramm an den Vorsitzenden der Spruchkammer FFB, 21. 9. 1946, Schreiben an den Vorsitzenden der Kammer, 21. 9. 1946, Schreiben an Landrat, 21. 9. 1946; StAM, LRA 11109, Schreiben des Ministeriums an die Spruchkammer, 21. 9. 1946. – Schrödl wurde demnach 1927, 1929, 1933 und 1934 in Hamburg, Weiden und Garmisch verurteilt.

⁴³ BayHStA, OMGUS, Monatsbericht Oktober 1946, S. 4.

⁴⁴ StAM, LRA 11109, Schreiben Landrat an Sonderministerium, 25. 9. 1946.

⁴⁵ StAM, LRA 11109, Fragebogen Preißl.

⁴⁶ StAM, LRA 11109, Fragebogen Zechentmayer.

⁴⁷ StAM, Spruchkammern, Akten der Spruchkammer FFB, Karton 2738, Akte Gustav Eberth, Wahlzettel Eichenau.

⁴⁸ StAM, LRA 11109, Fragebogen Zechentmayer.

⁴⁹ Amtliches Nachrichtenblatt, 24. 4. 1946, Nr. 18; 10. 5. 1946, Nr. 20.

⁵⁰ StAM, LRA 11109, Schreiben des Ministeriums an Landratsamt FFB, 2. 10. 1946; HStAM, MSo 0430, Spruchkammervorsitzende, Vereidigungsprotokoll Zechentmayer, 17. 10. 1946.

⁵¹ StAM, LRA 11109, Schreiben Landrat an Ministerium, 18. 1. 1947 und 25. 2. 1947.

⁵² BayHStA, MSo, öffentliche Kläger, Ernennungsurkunde Erich Hornung.

⁵³ StAM, LRA 11109, Schreiben Landrat, 6. 12. 1946 und 24. 1. 1947.

⁵⁴ StAM, LRA 11109.

⁵⁵ BayHStA, OMGUS, Vierteljahresbericht, Oktober – Dezember 1946, S. 6 f. (??).

⁵⁶ Die WAV wurde im März 1946 als vierte Partei in Bayern nach CSU, SPD und KPD zugelassen. Zur WAV und ihrem Vorsitzenden Loritz vgl. Richard Stöss: Parteienhandbuch. Bd. 4. Opladen 1983, S. 2458–2481.

⁵⁷ Niethammer (wie Anm. 15), S. 448 ff.

⁵⁸ BayHStA, MSo 416, Spruchkammervorsitzende, Ernennungsurkunde Friedrich Lugmair, 21. 1. 1947. Die Schreibweise des Namens variiert, ich verwende durchgängig diejenige aus dem Bayerischen Staatsanzeiger.

⁵⁹ Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 29, 14. 12. 1946, S. 2.

⁶⁰ BayHStA, MSo 416, Lebenslauf von Karl Loichinger vom 24. 4. 1946.

⁶¹ BayHStA, MSo 0593, Spruchkammer FFB an Berufungskammer Oberbayern, 2. 1. 1947, Personal des Vorsitzenden: Loichinger war seit dem Amtsantritt des CSU-Mannes Zechentmayer wieder stellvertretender Vorsitzender gewesen.

⁶² BayHStA, MSo 0359, Protokoll der Besprechung betr. Spruchkammer FFB am 10. 2. 1947 um 18 Uhr im Sonderministerium.

- ⁶⁴ BayHStA, MSo 416, Brief von Loritz an Loichinger, 28. 2. 1947.
- ⁶⁵ BayHStA, MSo 416, Auszüge aus der Rede Höllersers in Fürstenfeldbruck, Wollenberg, S. 290.
- ⁶⁶ BayHStA, MSo 416, Bericht der drei in Fürstenfeldbruck zugelassenen Parteien über die Amtsenthebung des zweiten Spruchkammervorsitzenden und deren agitatorische Auswertung durch die WAV, 5. 3. 1947.
- ⁶⁷ BayHStA, MSo 0359, Schreiben des Sonderministeriums an Spruchkammer FFB, 1. 5. 1947.
- ⁶⁸ BayHStA, MSo 416, Entlassung auf Anordnung des Staatsministers mit Wirkung vom 30. 6. 1947.
- ⁶⁹ BayHStA, MSo 416, Schreiben Minister Hagenauer an VVN München, 24. 7. 1947, Schreiben Werner Friedmann an Sonderministerium, 14. 10. 1947.
- ⁷⁰ StAM, LRA 11109, Schreiben Echter, KPD, an Landratsamt, 18. 12. 1947.
- ⁷¹ Bei der Kreistagswahl am 28. April 1945 errang die CSU 30 Mandate, die SPD zwölf und die KPD zwei. Die KPD-Hochburgen lagen in den östlichen Wahlbezirken Germering, Gröbenzell, Olching, Puchheim-Bahnhof und Unterpfaffenhofen, Amtliches Nachrichtenblatt, Nr. 20, 28. 4. 1946.
- ⁷² StAM, LRA 11109, Schreiben Zechentmayer an Landratsamt, 27. 12. 1947.
- ⁷³ Amtsblatt für den Kreis und die Stadt FFB, Nr. 11, 3. 4. 1947; *Niethammer* (wie Anm. 15), S. 439 ff.
- ⁷⁴ *Wollenberg* (wie Anm. 16), S. 289.
- ⁷⁵ Die Neue Zeitung, Ernst und Groteske, 4. 1. 1947.
- ⁷⁶ *Niethammer* (wie Anm. 15), S. 452.
- ⁷⁷ HStAM, OMGUS, Vierteljahresbericht, Januar – März 1947, S. 7.
- ⁷⁸ *Niethammer* (wie Anm. 15), S. 491, 494 ff., 514, 521 f.
- ⁷⁹ *Niethammer* (wie Anm. 15), S. 527 f., *Süddeutsche Zeitung*, 13. 9. 1947: Spruchkammer-Krise in München.
- ⁸⁰ BayHStA, OMGUS, Jahresbericht 1. 7. 1946 bis 30. 6. 1947, S. 8.
- ⁸¹ BayHStA, MSo 416, Schreiben von Josef Müller, Türkenfeld, 6. 6. 1947, Einspruch der Betriebsvertretung Bahnhof München-Laim gegen ein Urteil Lugmairs, 11. 7. 1947.
- ⁸² BayHStA, MSo 416, Schreiben Hornung an Loichinger, 12. 8. 1947; MSo 439, Schreiben Sonderministerium an Militärregierung, 9. 7. 1947, Entlassung Hornungs auf eigenen Antrag hin zum 31. 7. 1947.
- ⁸³ BayHStA, MSo 416, Schreiben der VVN München an Staatskommissar Auerbach, 28. 11. 1947, Schreiben Hans Wachter, CSU Fürstenfeldbruck, an Sonderministerium, 15. 1. 1948.
- ⁸⁴ BayHStA, MSo 416, Schreiben CSU-Bezirksverband Oberbayern an Sonderministerium, 21. 1. 1948.
- ⁸⁵ BayHStA, MSo 416, Schreiben des Präsidenten der Berufungskammer Oberbayern, 6. 2. 1948. Lugmair und Höllerser kandidierten Ende 1950 vergeblich auf der Liste der Vereinigung wirtschaftlich und politisch Verfolgter, einer Abspaltung der WAV, für den Landtag. Der spätere Bürgermeister von Bruck und Begründer der Freien Wähler, Fritz Bauer, trat ebenso erfolglos für die WAV an, vgl. Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 47, 23. 11. 1950, S. 1.
- ⁸⁶ BayHStA, MSo 438, Handschriftliche Bewerbungen von Hantke beim Ministerium, 8. 9. und 23. 9. 1946.
- ⁸⁷ BayHStA, MSo 438, Ernennungsurkunde für Hantke als zweiten Kläger der Spruchkammer Landsberg, vereidigt am 9. 12. 1946, geboren 30. 5. 1898 in Gleiwitz, wohnhaft in Prien.
- ⁸⁸ Zit. BayHStA, MSo 439, Telegramm Hantkes aus Landsberg an Loritz, 29. 4. 1947.
- ⁸⁹ BayHStA, MSo 438, Sonderministerium an Hantke, 30. 4. 1947.
- ⁹⁰ BayHStA, MSo 438, Sonderministerium an Spruchkammer FFB, 23. 2. 1948: Hantke mit sofortiger Wirkung am 13. 2. 1948 zum Vorsitzenden bestellt.
- ⁹¹ BayHStA, MSo 432, Sonderministerium an Spruchkammer FFB, 8. 3. 1948: Heinrich Beier, Kaufmännischer, am 25. 2. 1948 zum ersten öffentlichen Kläger mit sofortiger Wirkung ernannt. Beier war vorher als Ermittler tätig. MSo 447, Sonderministerium, 4. 3. 1948: Ludwig Neumaier aus Fürstenfeldbruck zum zweiten Kläger am 23. 2. 1948 mit sofortiger Wirkung bestellt.
- ⁹² Vgl. BayHStA, OMGUS, Jahresbericht 1. 4. 1947 bis 30. 6. 1948.
- ⁹³ Vgl. StAM, LRA 11109, Schreiben Spruchkammer FFB an Landratsamt, 8. 3. 1948.

Anschrift des Verfassers:
Peter Bieri, Kirchberg 7, 86938 Schondorf a. A.

Bernstorf

Kultplatz, Wirtschafts- und Handelszentrum der europäischen Bronzezeit in Bayern

Von Dr. Manfred Moosauer

»Zu Tünzhausen (...) begegnet uns die Sage, daß zwischen hier und Kranzberg eine Stadt gestanden sein soll ...«¹

Zu den bedeutendsten archäologischen Entdeckungen der letzten Jahre gehören die Funde von der bronzezeitlichen Befestigung Bernstorf im Landkreis Freising. Sie geben einen Einblick in Kulturbeziehungen zu der mediterranen Welt einerseits und dem Ostseeraum andererseits, wie sie in dieser Deutlichkeit bislang noch nicht nachgewiesen werden konnten.

Topografie

Die Befestigungsanlage von Bernstorf liegt auf einem gut zu verteidigenden Höhenzug etwa 50 m über dem Ampertal (Abb. 1).² Durch Kiesabbau wurde mehr als die Hälfte der befestigten prähistorischen Anlage zerstört, an deren Sporn unmittelbar über dem Amperufer während des Frühmittelalters ein zusätzlicher hufeisenförmiger Abschnittswall errichtet worden war (Abb. 2).

Erst durch intensive Bemühungen in den letzten Jahren ist es uns gelungen, wenigstens Teile der Befestigung vor weiteren Eingriffen durch Kiesabbau und Forstwirtschaft zu bewahren. Ob dies ohne die spektakulären und öffentlichkeitswirksamen Funde von dieser Lokalität gelungen wäre, ist zu bezweifeln. Doch inzwischen finden die Bemühungen, dieses wertvolle Relikt aus der Bronzezeit einerseits zu erhalten und andererseits durch gezielte Prospektionen und Grabungen weiter zu erforschen, einen immer größeren Rückhalt.

Die insgesamt 12 bis 15 ha große bronzezeitliche Befestigung von Bernstorf wurde während der Bronzezeit von einer

Holz-Erde-Mauer umgeben, die 4,50 m hoch und insgesamt fast 2 km lang war. Das Vorhandensein dieser »Schanze« wurde bereits 1904 von dem Freisinger Gymnasialprofessor Josef Wenzl dokumentiert, der ihren Verlauf sogar skizzieren konnte, da sie damals noch nicht durch den Kiesabbau beeinträchtigt worden war. Die in einigen Gruben sichtbaren verbrannten Überreste beschrieb er sorgfältig.³

Wiederentdeckung seit 1992

In den Folgejahren geriet die Anlage jedoch in Vergessenheit.⁴ Ihre Wiederentdeckung ist dem Umstand zu verdanken, dass Traudl Bachmaier und ich 1992 bei einer Begehung des Geländes am Rande der Kiesgrube auf glasig verbackene und rötlich verfärbte Schlackekonzentrationen stießen, die wir anfänglich für die Überreste von Eisenverhüttungsplätzen hielten. Eine anschließende Magnetometerprospektion durch den Geophysiker Helmut Becker ergab eine Nord-Süd verlaufende Schlackenzone von 3 bis 4 m Breite. Mit Genehmigung des Landesdenkmalamts führten wir daraufhin in den Jahren 1994 bis 1998 auf 130 m² eine Planungsgrabung durch.⁵ Es stellte sich heraus, dass es sich bei dem Befund um die Reste einer Verteidigungsanlage handelte, die bei ihrer Zerstörung starker Brandhitze ausgesetzt gewesen sein muss.

Die Art ihrer Konstruktion ließ sich anhand der Balkenabdrücke in dem verschlackten und verziegelten Lehm, den Pfostenspuren und den Überresten verkohlter Eichenbalken so exakt nachvollziehen, wie es bislang bei kaum einer anderen bronzezeitlichen Anlage gelungen ist.